

## Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit, vornehmlich in der Steiermark

Von FERDINAND TREMEL

Unter dem Titel „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit“ erschien vor kurzem die erste zusammenfassende Wirtschaftsgeschichte Österreichs im Zeitalter des Kaisers Franz Joseph, die auf wissenschaftlichen Grundlagen aufgebaut ist. Ihr Verfasser ist der jüngst emeritierte Professor der allgemeinen Geschichte der Neuzeit an der Wiener Universität, *Heinrich Benedikt*, ein hervorragender Kenner des Stoffes<sup>1</sup>. Das Werk ist so anregend geschrieben und nicht zuletzt für die landesgeschichtliche Forschung so ertragreich, daß es wohl berechtigt ist, in größerer Ausführlichkeit darauf einzugehen, als dies bei einer der üblichen Besprechungen möglich wäre. Einige Ergänzungen, vornehmlich aus der Geschichte der Steiermark, dürften den Lesern unserer Zeitschrift nicht unerwünscht sein.

Am Beginn der Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph stehen zwei Neuerungen, die die Wirtschaft Österreichs nachhaltig beeinflussten: die Grundentlastung und die Aufhebung der Zollschranken zwischen Österreich und Ungarn (1851). Die Grundentlastung bedeutete nach *Benedikt* „die Evolution der Landwirtschaft von der extensiven zur intensiven Bodenkultur, die Voraussetzung für die landwirtschaftlichen Industrien und die Erfüllung der Aufgabe, die wachsenden Städte und entstehenden Fabriksbezirke zu ernähren“<sup>2</sup>. Die Aufhebung der Zollgrenzen gegenüber Ungarn schuf einen großen geschlossenen Markt, für den der Osten die agrarischen, der Westen die industriellen Güter lieferte.

Die Grundentlastung oder „Bauernbefreiung“ war bisher hauptsächlich unter sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten betrachtet worden, man hatte darüber ihre wirtschaftlichen Auswirkungen nur allzu oft übersehen, hatte auch nicht bemerkt, daß unter diesem Blickwinkel der eigentliche Nutznießer der Großgrundbesitz war, dem unter dem Titel der „Grundablöse“ gewaltige Summen zuflossen. Allein in der

<sup>1</sup> H. Benedikt, Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit (Wiener historische Studien IV), Verlag Herold, Wien 1958, 200 Seiten, brosch., S 98.—

<sup>2</sup> Benedikt, a. a. O., S. 7.

Steiermark erhielt z. B. Graf Ignaz Attems für seine in diesem Kronland gelegenen Besitzungen ein Entschädigungskapital von 863.417 fl. 35 kr., Graf Johann Herberstein wurde für seine im Kreis Graz gelegenen Güter ein Kapital von 606.951 fl. 5 kr. zugesprochen, und Fürst Franz Liechtenstein sogar von 1.110.302 fl. 20 kr. Unter den geistlichen Grundherrschaften stand das Stift Admont an der Spitze, sein Entschädigungskapital wurde mit 689.187 fl. 15 kr. bemessen, während sich das Bistum Seckau mit 544.539 fl. 45 kr. zufrieden geben mußte<sup>3</sup>. Das waren gewaltige Summen und es wäre einer näheren Untersuchung wert, festzustellen, wozu diese Summen verwendet wurden.

*Benedikt* wies an Beispielen aus den Sudetenländern nach, daß dort der Großgrundbesitz umfangreiche agrarische Meliorationen durchführte; im besonderen waren es Wirtschaften mit Zuckerrübenbau, die eine rationellere Bodenkultur einbürgerten und so den Ertrag ihrer Güter auf ein bisher nicht gekanntes Ausmaß steigerten. In Böhmen und Mähren standen, so führte er aus, „in der Mitte von Riesentafeln Rüben, Weizen, Gerste und Klee, Meierhöfe mit Mastochsen- und Kuhställen, Schütterkasten und Verwalterhaus. . . Eingebettet in die großen Ökonomien und sie umgebend lag der bäuerliche Besitz, der sich die ihm täglich vorgeführten Vorteile aneignete und durch die den Fabriken gelieferte Rübe zu reichlichen Einnahmen und dem hochwertigen Futter der Rübenschnitte und Melasse kam“<sup>4</sup>. In unserem Lande gab es nichts Vergleichbares, die Vorteile, die die Rübenindustrie für die Landwirtschaft im Gefolge hatte, genoß die Steiermark nicht. Die Ursachen dafür sind nicht klar erkennbar, Ungunst des Klimas oder mangelnde Güte des Bodens können nicht für alle Teile des Landes zur Erklärung herangezogen werden. Die oben angeführten Beträge aber zeigen, daß auch Kapitalmangel nicht die Ursache sein konnte. Überhaupt scheinen in der Steiermark — wie auch in den anderen Alpenländern — die durch die Grundablöse aufgebrauchten Summen nicht in dem zu erwartenden Ausmaß zur Durchführung von Meliorationen oder zur Intensivierung des Anbaues verwendet worden zu sein. Zweifellos wurde ein beträchtlicher Teil des erworbenen Kapitals in Industrie- und Bankwerte umgewandelt, ein allzu hoher Prozentsatz scheint aber dem Konsum zugeführt worden zu sein, so daß für Verbesserungen in der Landwirtschaft nur wenig übrig blieb, zumindest was den Großgrundbesitz betrifft; der mittlere Besitz hat besser gewirtschaftet.

<sup>3</sup> F. Hlubek, Ein treues Bild des Herzogthumes Steiermark, Graz 1860, S. 127 ff. — Die beste Zusammenfassung noch immer H. Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, I. Bd., Stuttgart 1918, S. 346 ff.

<sup>4</sup> Benedikt, a. a. O., S. 12.

Der Getreidebau stand in den beiden ersten Jahrzehnten der Regierungszeit Franz Josephs gut da, allein nicht lange. Den Umschwung brachte das Jahr 1869, seit diesem Jahr begann amerikanisches Getreide die atlantischen und die Mittelmeerhäfen zu überschwemmen, und die ungarische Mühlenindustrie, die nach dem Ausgleich vom Jahre 1867 in beschleunigtem Tempo ausgebaut wurde, begann dank der klugen Tarifpolitik der ungarischen Regierung und dank den Hungerlöhnen, die die ungarischen Magnaten ihren Arbeitern zahlten, den Mahllohn in der diesseitigen Reichshälfte solange zu drücken, bis er die Selbstkosten nicht mehr deckte bzw. bis die Getreidepreise auf das tiefe Niveau der Weltmarktpreise herabgedrückt waren.

Die Not des Bauernstandes veranlaßte vielfach die Landesverwaltungen, einzugreifen. Dies geschah durch planmäßige Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, das ja in Österreich verhältnismäßig jung ist und fast überall mit der Gründung von Raiffeisenkassen einsetzte. Es ist bezeichnend für die Rückständigkeit der bäuerlichen Bevölkerung, daß diese so segensreich wirkenden Institutionen nicht aus der freien Initiative der Bauernschaft hervorgingen, sondern dem Drängen der Landesverwaltungen zu verdanken waren. Unter entscheidender Mitwirkung des niederösterreichischen Landesausschusses wurde die erste Kasse im Jahre 1888 in Niederösterreich ins Leben gerufen, die übrigen Alpenländer folgten nach, die Steiermark 1894 mit dem „Vorschußkassenverein System F. W. Raiffeisen“ in Wolfsberg bei Wildon. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten, insbesondere des tief eingewurzelten Mißtrauens der bäuerlichen Bevölkerung gegen alles Neue, und dank der tätigen Mitwirkung der Lehrerschaft wuchs die Zahl der Raiffeisenkassen sehr rasch. Seit 1899 genoß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen die finanzielle Förderung durch das Ackerbauministerium, nachdem im Jahre vorher die Melioration der feuchten Böden mit staatlicher Hilfe beschlossen worden war, 1909 trat in der Steiermark das Gesetz über die Kommassation der landwirtschaftlichen Grundstücke in Kraft. Am Ende der Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph, mit Stichtag 1. Jänner 1917, bestanden in Österreich 12.071 landwirtschaftliche Genossenschaften, darunter 8534 Raiffeisenkassen<sup>5</sup>.

In der Steiermark bestand zur Förderung der Landwirtschaft und zur „Hebung der Landescultur“, wie es in den Statuten hieß, neben den Genossenschaften noch die von Erzherzog Johann 1819 gegründete „k. k. steiermärkische Landwirtschaftsgesellschaft“, deren Aufgabe vor allem eine volksbildnerische war, weil sie durch Aufklärung der länd-

<sup>5</sup> O. Neudörfer, Grundlagen des Genossenschaftswesen, Wien 1921.

lichen Bevölkerung die Verbreitung besserer Maschinen und Werkzeuge und den Anbau ertragreicherer und gesünderer Getreide-, Obst- und Rebsorten erzielen wollte und vielfach auch tatsächlich erzielte. Trotz ihrer und vieler anderer Bemühungen blieb aber die Landwirtschaft der Alpenländer ein Stiefkind der staatlichen Fürsorge und ihre Pflege fast zur Gänze privater Initiative überlassen.

Ganz anders entwickelte sich die *I n d u s t r i e*, und zwar nicht nur in den Sudetenländern, sondern auch auf dem Boden des heutigen Österreich. Das war wiederum zu einem guten Teil dem Bemühen einiger Männer zu verdanken, die, wie *Benedikt* so schön darlegte, „schwarzgelb und zugleich Glieder der Internationale des Liberalismus“ waren<sup>6</sup>. Nicht wenige von ihnen kamen aus dem Westen, der Rheinländer *Alexander Schoeller* erwarb 1862 das Eisen- und Stahlwerk Ternitz, um es auszubauen, *Heinrich Bleckmann* aus Solingen kaufte im selben Jahr den „Schwerthammer“ in Müzzuschlag und gründete dort die Firma „Phönix-Stahlwerke“, die eine Gußstahlhütte, dann ein Siemens-Martin-Stahlwerk und später eine Feilen- und Amboßfabrik und ein Blechwerk errichteten. Der Engländer *Josef Hall* richtete die Grazer Werkstätte der Südbahn ein, der Rheinländer *Lohner* begann die Erzeugung von Kutschen in Wien, die *Skene* wanderten aus Verviers ein und errichteten Tuch- und Zuckerfabriken. Die Westfalen *Johann Peter* und *Julius Reininghaus* erwarben 1853 das „Große Mauthaus“ am Steinfeld bei Graz und erweiterten die Brauerei zu einer der größten des alten Österreich.

In die Steiermark kamen noch *Friedrich Bruno Andrieu*, der in Graz Walzdraht herstellte, bevor er das Werk in Bruck einrichtete, der Montanindustrielle *Carl Spaeter* aus Koblenz, der 1881 das Magnesitlager in der *Veitsch* entdeckte und zum Begründer dieses großen Unternehmens wurde, und *Karl Kaltschmid* aus Oberriexingen an der Enz in Württemberg, der 1888 die Kaltschmidwerke in Bruck an der Mur aufbaute.

Unser Land erhielt jedoch auch Zuzug aus dem Osten; der Großhandel mit Eisen glitt fast zur Gänze in die Hände von Ungarn über, die sich in Graz niederließen. Aus Ungarn stammte auch *Josef Körösi*, der Erbauer der Ketten- und Maschinenfabrik *Andritz*. Diese Vorherrschaft der Ungarn endete erst mit dem „Ausgleich“ vom Jahre 1867, denn von da an begannen die Ungarn im eigenen Land eine Eisenindustrie aufzubauen<sup>7</sup>. Selbst in die Papierindustrie fanden ungarische

Staatsbürger Eingang, der Siebenbürger *Moritz Diamant* wurde der Gründer der Mürztaler Zellstoff- und Papierfabrik in Diamlach.

Spät erst gewannen heimische Unternehmer Anschluß an die industrielle Konjunktur. Dafür drei Beispiele aus der Steiermark. Einer der ersten war *Johann Weitzer* (1832—1902). Der Sohn armer Webersleute aus Friedberg in der Oststeiermark eröffnete im Jahre 1854 aus dem Erlös einer kleinen Erbschaft eine Huf- und Wagenschmiede in Graz, die er rasch so weit in die Höhe brachte, daß er für den Bau des Suezkanals und für den Fuhrpark des Korpskommandos in Wiener Neustadt die Lieferung von Wagen übernehmen konnte. Der Gewinn daraus machte es ihm möglich, sein Unternehmen zu einer Fabrik auszubauen, die bald Luxus-, Sanitäts- und Lastwagen in alle Welt versandte; der Zar von Rußland z. B. bediente sich auf seinen Reisen stets Wagen aus der Weitzerschen Fabrik. Neue Militärlieferungen hatte der Krieg von 1866 zur Folge, aus deren Erlös der Betrieb sehr beachtlich erweitert wurde. Nach der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft 1872 schied *Johann Weitzer* aus und fing wieder von vorne an. So gelang es ihm, den Börsenkrach vom Jahre 1873, dem die Fabrik zum Opfer fiel, zu überdauern und sein Unternehmen zu neuer Blüte zu führen. Tochterfabriken entstanden in Ödenburg und in Arad, eine Eisengießerei wurde als Zweigunternehmen in Udine errichtet und eine zweite in Pont St. Martin in Piemont. Daneben nahm das Grazer Unternehmen einen Aufschwung wie wenig andere; die neuerliche Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1895 konnte ihr nicht mehr schaden<sup>8</sup>.

Als einfacher Schlosser zog *Johann Puch* (1862—1914) aus Saksak bei Pettau nach Graz, richtete dort in der Strauchergasse eine kleine Werkstätte ein und erzeugte darin die ersten Fahrräder auf steirischem Boden. Im Jahre 1899 übersiedelte er an den Südrand der Stadt, der die besten Ausdehnungsmöglichkeiten bot und wo die Grundpreise noch am erschwinglichsten waren, und gründete dort die „Johann-Puch-Fahrrad-Werke“, die ihre Kraft aus einem Wasserrad von 60 PS zogen. Schon zwei Jahre später konstruierte er das erste Motorrad, dessen Motor auf der Hinterachse des dreirädrigen Fahrzeugs saß, und wieder zwei Jahre später kam der erste Kraftwagen mit vier Rädern und zwei Sitzen in den Verkehr. Mit einer zweirädrigen Zweizylindermaschine gewann *Puch* das damals bekannteste internationale Rennen, das *Gordon-*

<sup>6</sup> *Benedikt*, a. a. O., S. 23.

<sup>7</sup> *F. Tremel*, Vom Eisenhandel im alten Graz (X. Grazer Südostmesse 1957, S. 15—26).

<sup>8</sup> *H. Kloepfer* — *H. Riehl*, Das steirische Eisenbuch (Steirisches Eisen 1), Graz 1937, S. 146 ff.

Bennet-Rennen. Noch vor dem ersten Weltkrieg erzeugte er die ersten Flugmotoren<sup>9</sup>.

Franz Pichler (1866—1919) aus Weiz, Bäckermeisterssohn und Elektroingenieur, errichtete im Jahre 1891 am Oberlauf des Weizbaches die erste Mehrphasenanlage der Monarchie; die Maschinen und Apparate, die er dazu benötigte, baute er selbst. Er wurde zum Pionier des Ausbaues der Großwasserkräfte in Österreich, baute selbst zahlreiche Elektrizitätswerke, auch außerhalb der Steiermark, so Karlstadt in Kroatien und Feldkirch in Vorarlberg, vor allem aber legte er den Grund zur Fabrik elektrischer Geräte und Maschinen in Weiz, den heutigen „Elin-Werken“<sup>10</sup>.

Mittelpunkt des Kapitals und des Unternehmertums blieb jedoch Wien. In Wien befanden sich die Zentralen der meisten großindustriellen Unternehmungen, dort flossen die Gewinne zusammen, nur spärliche Abfälle blieben der „Provinz“, in die zwar wegen der niedrigeren Löhne und der geringeren Lebenshaltungskosten nicht ungern Zweigbetriebe verlegt wurden, auf die aber der Bewohner der Residenzstadt ansonsten verständnislos und verachtungsvoll herabblickte. Lediglich Vorarlberg nahm eine gewisse Ausnahmstellung ein, dort hatte sich schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bedeutende Textilindustrie unter Schweizer Einfluß entwickelt, die seit der Mitte des Jahrhunderts in heimische Hände übergang; es verdient Beachtung, daß von den neun größten Firmen der Vorarlberger Textilindustrie, die seit mehr als hundert Jahren bestehen, acht seit ihrer Gründung im Besitz der Vorarlberger Familien sind, deren Vorfahren sie gegründet haben<sup>11</sup>.

Auf die Revolution des Jahres 1848 ging letzten Endes auch die Errichtung von Handelskammern zurück; nach französischen Vorbildern und nach dem Muster der von Napoleon im Lombardo-venezianischen Königreich eingerichteten Kammern wurde das „provisorische Gesetz für die Errichtung von Handelskammern“ ausgearbeitet, das am 3. Oktober 1848 angenommen wurde und am 18. März 1850 seine endgültige Fassung erhielt. Es sah für die gesamte Monarchie 60 Kammern vor, darunter zwei für die Steiermark, eine in Graz für die mittlere und südliche Steiermark und eine in Leoben für die Obersteiermark. In dieser Aufgliederung des Landes fand die überragende Stellung des eisenreichen Oberlandes im Wirtschaftsleben der „Ehernen

<sup>9</sup> Puch 1899—1949 (Graz 1949).

<sup>10</sup> E. Pichler, Franz Pichler (Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart in Weiz I. S. 40—53), Weiz 1958.

<sup>11</sup> H. Nägele, Die Vorarlberger Textilindustrie (Der Bindenschild 2), Wien 1947, S. 14.

Mark“ Ausdruck und Anerkennung. Die Kammern haben ihre Aufgabe, die Regierung in allen die Wirtschaft betreffenden Fragen zu beraten, gewissenhaft und voll Verantwortungsbewußtsein erfüllt.

Der vom Ministerpräsidenten Felix Fürst Schwarzenberg und vom Handelsminister Karl Ludwig von Bruck gehegte Plan eines Siebzig-Millionen-Reiches in Mitteleuropa mit einer gemeinsamen Zollgrenze fand nicht nur im übrigen Europa und in großen Teilen Deutschlands, sondern auch in Österreich selbst eine geteilte Aufnahme. Die niederösterreichischen und die böhmischen Handelskammern, die streng schutzzöllnerisch eingestellt waren, konnten an einer Vereinbarung, die die Erzeugnisse der damals schon hoch entwickelten rheinischen und sächsisch-thüringischen Industrie ungehindert in die Monarchie einströmen lassen wollte, keine Freude haben, und auch die Vertreter der steirischen Eisenindustrie dachten ähnlich. Daher blieb der Kampf um die Aufnahme der Monarchie in den deutschen Zollverein auf einen kleinen Kreis großdeutscher Politiker und ungarischer Agrarier beschränkt, er wurde daher auf österreichischer Seite stets nur mit halbem Herzen geführt, während sich Preußen mit aller Kraft dagegen stemmte<sup>12</sup>. Schließlich brachte der preußisch-französische Handelsvertrag vom Jahre 1862 die Entscheidung; Österreich mußte seine Hoffnung, in das deutsche Wirtschaftsgebiet aufgenommen zu werden, ein für allemal aufgeben. Es war das „wirtschaftspolitische Vorspiel von Königsgrätz“<sup>13</sup>, eine „politische Niederlage“, aber „zugleich ein Sieg der österreichischen Industrie und des Zollschutzes über das großdeutsche Freihandelsprogramm, dessen Verwirklichung die Industrialisierung der Monarchie in ihrer beginnenden Blüte erstickt hätte“<sup>14</sup>.

Einen gewaltigen Aufschwung nahm das Eisenbahnwesen. Wir in der Steiermark denken dabei natürlich vor allem an den Ausbau der Semmeringstrecke und hätten es gerne gesehen, wenn Benedikt den Anteil des Erzherzogs Johann an der Trassenführung über das steirische Gebiet<sup>15</sup> wenigstens erwähnt hätte, womit freilich nicht etwa bestritten sein soll, daß es „weise Vorsicht“ der österreichischen Staatsmänner war, den Weg über ungarisches Gebiet zu vermeiden<sup>16</sup>. Andererseits vergessen wir über der technischen Großleistung Ghegas leicht, daß das Schwergewicht des Bahnbaues in jenen Tagen außerhalb des heu-

<sup>12</sup> Darüber jetzt G. Bondi, Deutschlands Außenhandel 1815—1870, Berlin 1958, S. 69 ff.

<sup>13</sup> Benedikt, a. a. O., S. 57.

<sup>14</sup> Benedikt, a. a. O., S. 69.

<sup>15</sup> O. Regele, Neue Quellen zur Geschichte der Semmeringbahn (Blätter für Heimatkunde 26/1952, S. 83 ff.).

<sup>16</sup> Benedikt, a. a. O., S. 35.

tigen Österreich lag, nämlich in den Sudeten- und Karpatenländern, und danken es *Benedikt* besonders, daß er diese Strecken ausführlich behandelte. Der Staat stieß in der Frühzeit des Liberalismus unter dem Eindruck der katastrophalen Finanzlage nach dem Ausbruch des Krimkrieges die in seinem Besitz stehenden Bahnen an private, meist von französischem oder englischem Kapital finanzierte Gesellschaften ab, die zwar gerne die Profite einsteckten, sich aber vor Verlusten durch eine staatliche Garantie ihrer Gewinne zu schützen und obendrein den Kaufpreis der einzelnen Bahnen sehr nieder zu halten wußten. Auch die für die Steiermark so wichtige Südbahn gelangte auf diese Weise in den Besitz einer französischen Gesellschaft.

Es wäre ganz falsch, in dem „Verkauf der besten Eisenbahnen um wenig Geld“<sup>17</sup> etwas anderes als eine für den Augenblick berechnete Notlösung zu erblicken.

Wohl wurde der Eisenbahnbau durch die Entstaatlichung gefördert, aber nur für kurze Zeit und nicht in Steiermark und Kärnten. Unter den heimischen Industrieunternehmungen, die aus dem Bahnbau größeren Gewinn zogen, ist lediglich das von den Brüdern Rosthorn in Prävali in Kärnten errichtete Eisen-Puddel- und Walzwerk zu nennen, das schon im Vormärz mit der Herstellung von Eisenbahnschienen begonnen hatte und nun sowohl der Nordbahn wie der damals noch österreichischen Monzabahn sowie der Südbahn Wien—Triest das Schienenmaterial lieferte<sup>18</sup>.

Das System der Privatbahnen war für das Kapital solange ertragreich, als die neu erbauten Bahnen keine wesentlichen Investitionen benötigten und es sich um Hauptbahnen durch relativ dicht besiedelte Gegenden und in annähernd ebenem Gelände handelte. Als aber der Staat die Notwendigkeit erkannte, strategische Bahnen zu erbauen, die von vornherein nicht auf Gewinn berechnet waren, und als das Gebirge nicht mehr länger umgangen werden konnte, die Gebirgsbahnen aber hohe Betriebsverluste aufwiesen, flaute das Interesse des Privatkapitals am Bahnbau ab und es rief nach der Verstaatlichung der Bahnen, die mit dem Gesetz vom 23. Dezember 1881 bei der Westbahn begann und allmählich auf die übrigen Hauptstrecken ausgedehnt wurde. Nur die für die Steiermark wichtigste Linie, die Südbahn, blieb, weil aktiv, im Privatbesitz; darum besaß die Steiermark — und besitzt sie noch heute (Bruck an der Mur!) — die schäbigsten Bahnhöfe. Der Verstaatlichung der Bahnen

kam übrigens eine nicht zu unterschätzende handelspolitische Bedeutung zu, denn sie gab der Regierung die Möglichkeit, „die handelspolitischen Interessen Österreichs durch eine zielbewußte Tarifpolitik zu unterstützen“<sup>19</sup>.

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes war nur durch die Heranziehung ausländischen Kapitals möglich gewesen. Der Kapitalbedarf Österreichs, der darin deutlich zum Ausdruck kam, einerseits, das Bestreben des aus den wachsenden Gewinnen von Handel und Industrie sowie aus der Grundentlastung fließenden mobilen Kapitals nach Anlagemöglichkeiten andererseits weckten das Bedürfnis nach Organisationen, die imstande waren, den dringend notwendigen Ausgleich zwischen den kreditwerbenden und den anlagesuchenden Stellen herbeizuführen, das heißt, nach modernen Geldinstituten. Die erste dieser Gründungen, die im Jahre 1858 geschaffene „Creditanstalt für Handel und Gewerbe“, war ein Werk des Hauses Rothschild, das sich zu dieser Gründung mit dem hochadeligen Latifundienbesitz Böhmens und Ungarns verband. Da die neue Bank jedoch das Hypothekengeschäft ablehnte, folgten ihr bald weitere Gründungen. Die eine davon, die „Boden-Credit-Anstalt“ — gegründet 1863 —, bediente sich französischen Kapitals, während die im selben Jahre gegründete „Anglo-Oesterreichische Bank“ mit englischem Kapital eröffnet wurde. Diese Großbanken gewannen bald entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Monarchie, bis nach dem Ausgleich mit Ungarn österreichisches Kapital ins Ausland abzufließen begann.

Auch im Bankwesen standen die Alpenländer hinten an. Erst im Jahre 1864 wurde die „Steiermärkische Escompte-Bank“ in Graz als erste alpenländische Bank gegründet.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der nach der Revolution eingesetzt hatte, wurde durch die verlustreichen Kriege der Jahre 1859 und 1866 wohl unterbrochen, aber nicht auf die Dauer gestört. Die Einführung einer konstitutionellen Verfassung als Folge der militärischen Niederlagen kam schließlich auch der Wirtschaft zugute, weil sie den Kredit des Staates gleichsam durch die Garantie des wirtschaftenden Bürgertums festigte.

Der unglückliche Krieg des Jahres 1866 steigerte die durch Rüstungsausgaben schon vorher angespannte Finanzlage des Staates bis an den Rand des Zusammenbruches. Er führte den Tiefpunkt herbei, aber nicht den Ruin. Die bei Königgrätz gefallene Entscheidung über die Zukunft

<sup>17</sup> J. K. Mayer (Hg.), Das Tagebuch des Polizeiministers Kempen von 1848 bis 1859, Wien 1931; 1854-XI-3.

<sup>18</sup> Kärntens gewerbliche Wirtschaft von der Vorzeit bis zur Gegenwart, Klagenfurt 1953, S. 227.

<sup>19</sup> Benedikt, a. a. O., S. 162.

Deutschlands, so bitter sie für Österreich war, befreite es von einer politischen und finanziellen Hypothek, die es länger nicht mehr hätte tragen können. So wurde das Jahr 1866 nicht nur außen- und in der Folge auch innenpolitisch ein entscheidendes Jahr für die Monarchie, sondern es führte auch einen wirtschaftlichen Umschwung herbei, nämlich mit der Wendung zu einer konservativen, auf die Wahrung des äußeren und inneren Friedens bedachten Politik einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn unser Land nur selten erlebt hat.

Zunächst freilich sah es um die Finanzlage des Staates trostlos aus, allein der Verkauf staatlicher Montanbetriebe verschaffte der Regierung die so dringend benötigten Gelder und brachte außerdem ausländisches Kapital herein; erwähnt seien die Gründung der Bleiberger Bergwerksunion, die die Bleibergwerke von Bleiberg-Kreuth in Kärnten übernahm, und der Innerberger Hauptgewerkschaft, einer von Rothschild und den drei heimischen Großbanken finanzierten Aktiengesellschaft, die um das Spottgeld von zwölf Millionen Gulden die ärarischen Eisenwerke in Steiermark und Niederösterreich erwarb. Sie setzte auch sogleich Rationalisierungsmaßnahmen durch, die, nebenbei bemerkt, der Steiermark die Führung in der alpenländischen Eisenproduktion sicherten. Sie stieß einige niederösterreichische Werke ab und konzentrierte sich auf die steirischen Betriebe; ihr Präsident war Hofrat Peter von Tunner, dessen Vater in Turrach die erste Bessemerhütte in der Steiermark errichtete; derselbe Peter Tunner, der die von Erzherzog Johann gegründete steiermärkische ständische Montanlehranstalt in Vordernberg eingerichtet hatte, welche 1849 vom Staat übernommen und nach Leoben verlegt worden war, wo sie 1861 in eine Bergakademie verwandelt wurde und schließlich 1904 den Hochschulcharakter erhielt.

In Steyr schlug nunmehr für Josef Werndl und sein Hinterladergewehr die große Stunde, und auch der Eisenbahnbau schritt rüstig vorwärts. Während die Südbahn von Bruck aus 1868 eine Stichbahn nach Leoben eröffnete und diese vier Jahre später bis Vordernberg verlängerte, wurde von Villach aus, ebenfalls 1868, die Bahn über den Neumarkter Sattel nach Leoben dem Verkehr übergeben und damit eine direkte Verbindung von Wien nach Kärnten geschaffen. Diese sogenannte Kronprinz-Rudolf-Bahn wurde schon im folgenden Jahr von St. Michael aus durch das Liesing- und Paltental bis Rottenmann fortgesetzt, während das Zwischenstück über Selzthal nach Klein-Reifling erst drei Jahre später dem Verkehr übergeben werden konnte. Zur Erschließung der Kohlenlager von Fohnsdorf war schon vorher das kurze

Verbindungsstück nach Zeltweg eröffnet worden, im folgenden Jahr, 1873, wurden die Strecke Hieflau—Vordernberg, die von Norden her ins Zentrum der steirischen Eisengewinnung vordrang, und die Raaber Bahn, die erste Verbindung der steirischen Landeshauptstadt mit Ungarn, fertiggestellt, 1875 folgte die Bahnlinie Bischofshofen—Selzthal und 1877 die Salzkammergutbahn von Stainach-Irdning nach Gmunden. Damit war der Großteil des für die Steiermark belangreichen Eisenbahnbauprogramms erfüllt.

An der Adria begann für Triest die größte Zeit seiner Geschichte mit der Eröffnung des Suezkanals im November 1869. Der österreichische Lloyd war schon 1851 die größte Dampfschiffahrtsgesellschaft des Mittelmeerraumes geworden<sup>20</sup>, nunmehr wurde der regelmäßige Dienst durch den Kanal nach Bombay aufgenommen und schon nach wenigen Jahren bis Singapore und Hongkong ausgedehnt. Der Lloyd hat jedoch nicht nur „seine Mission, den Orient dem österreichischen Handel zu erschließen, in mustergültiger Weise erfüllt“<sup>21</sup>, sondern seine Schiffe auch nach dem Westen, nach Spanien und Brasilien, entsandt und damit den südamerikanischen Markt den österreichischen Waren erschlossen. Wenn auch die reichlich phantastischen Pläne einer Gründung von Kolonien auf Sokotra, Borneo oder Neu-Guinea niemals verwirklicht wurden, so begann sich doch Österreich-Ungarn in den Welthandel an nicht mehr zu überschender Stelle einzuschalten.

Für die Steiermark bedeutete der Aufschwung von Triest ein Ansteigen des Verkehrs auf der Südbahn, der vielerlei Vorteile brachte. Der Freihafen in Triest öffnete die orientalischen Märkte der heimischen Industrie, und Triester Versicherungsgesellschaften, wie die „Riunione Adriatica di Sicurta“ und die „Assicurazioni Generali di Trieste“, deren protzige Prunkbauten jedem Grazer wohlbekannt sind, gewannen in der Steiermark einen ausgedehnten Kundenkreis.

Der Ausgleich mit Ungarn vom Jahre 1867 beließ die gemeinsame Zollgrenze, und wenn auch Ungarn sofort daranging, eine eigene Industrie aufzubauen, so bedeutete diese noch durch längere Zeit keine spürbare Konkurrenz für die österreichische Produktion, ja für die Wiener Großbanken, zu denen nun der „Wiener Bankverein“ als jüngste stieß, waren diese ungarischen Gründungen sogar eine willkommene Kapitalsanlage. Nur die Mühlen Ungarns eroberten allmählich eine feste Position auf dem österreichischen Markt. Das Opfer war wieder der österreichische Bauer. Namentlich die „Körndlbauern“ in den Alpenländern konnten den Wettkampf mit den ungarischen Großagrariern

<sup>20</sup> Benedikt, a. a. O., S. 82.

<sup>21</sup> Benedikt, a. a. O., S. 87.

nicht bestehen, „Ungarns Weizen beherrschte monopolartig den österreichischen Getreidemarkt, drei Viertel des ungarischen Außenhandels entfielen auf Österreich“<sup>22</sup>.

Die „sieben fetten Jahre“ fanden im Börsenkraich des Jahres 1873 ein jähes Ende. Der riesige Geldzufluß, der von der französischen Kriegsentschädigung in das Deutsche Reich ausströmte, sandte einen kleinen, aber deutlich merkbaren Nebenarm auch nach Österreich. Er verursachte zunächst eine Börsenhausse, die in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Österreichs keine Rechtfertigung fand. So kam, was kommen mußte: ein Reinigungsprozeß, der viele ungesunde Neugründungen hinwegschwemmte, aber auch manch Altes, Gesundes mitriß. Die Folgen waren schlimm, aber nicht katastrophal; allmählich gesundete die Wirtschaft wieder, das hektische Gründungsfieber der vergangenen Jahre verschwand und wich einer langsameren und stetigeren Entwicklung.

Es wurde schon erwähnt, daß Österreich keine überseeischen Kolonien erwarb, obwohl öfters dazu Pläne auftauchten, jedoch ein großes Kolonisationswerk verrichtete die alte Monarchie, nämlich die Kultivierung des 1878 erworbenen Okkupationsgebietes von Bosnien und der Herzegowina, dem *Benedikt* eines der schönsten und gehaltvollsten Kapitel seines Buches widmete.

Die Steiermark hatte von dem Erwerb Bosniens und der Herzegowina keinen erkennbaren Vorteil, obwohl gerade steirische Truppen im Okkupationsfeldzug einen hohen Blutzoll entrichtet hatten. Viel wichtiger für unser Land wurde ein Ereignis ganz anderer Art, die Gründung der „Österreichischen Alpen Montan-Gesellschaft“. Diese unbestritten große Leistung war das Werk eines Franzosen. Paul Eugène Bontoux war ein gediegener Fachmann auf dem Gebiet des Eisenwesens. Er hatte als Generaldirektor der Südbahn gedient und als solcher die Verhältnisse in Österreich kennengelernt, versuchte sich dann als Politiker auf der äußersten Rechten der französischen Legitimistenbewegung, ohne den geringsten Erfolg einheimen zu können, und war, als er die Aussichtslosigkeit seiner politischen Bestrebungen erkannte, als Finanzmann in die Wirtschaft zurückgekehrt, in der der begabte und einfallsreiche Mann das angemessenste Betätigungsfeld fand.

Seine erste Gründung in Österreich war die „k. u. k. priv. Länderbank“, die 1880 die Konzession erhielt und vor allem mit französischem Kapital arbeitete. Schon im nächsten Jahr gelang ihm

<sup>22</sup> Benedikt, a. a. O., S. 79.

sein und des alten Österreich größter wirtschaftlicher Plan, die Zusammenfassung fast aller alpinen Eisenwerke zu einem einzigen Unternehmen, der oben erwähnten Alpen Montan-Gesellschaft. Sie vereinigte die Innerberger Hauptgewerkschaft, die Neuberg-Mariazeller Gewerkschaft, die Steirische Eisenindustrie-Gesellschaft, die Vordernberg-Köflacher Montanindustrie-Gesellschaft, die Stahlgewerkschaften Eibiswald und Krumbach, die Grazer Eisenwarenfabrik, die Friedau-Werke, die Hüttenberger Union und den steirischen Besitz der St. Egydi- und Kindberger Stahlindustrie-Gesellschaft. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Fusion ein dringendes Erfordernis der Zeit war, die althergebrachte patriarchalische Vielfalt der Unternehmungen war unhaltbar geworden, nur ein Zusammenschluß der Werke, die Konzentration der Betriebe auf wenigen verkehrstechnisch günstig gelegenen Plätzen und ihre Modernisierung konnten das steirische Eisen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten und ihm die alte, so lange innegehabte Bedeutung, die es eben im Begriffe war zu verlieren, wiedergeben. Freilich erforderte diese notwendige Maßnahme viele bittere Opfer, die allerdings in erster Linie Kärnten zu tragen hatte, wo ein Werk nach dem anderen stillgelegt wurde, darunter auch die uralte Stahlfabrik Eisenkappel. So war es begreiflich, wenn auch sachlich nicht ganz richtig, wenn der Abgeordnete Steinwender in einer öffentlichen Landtags Sitzung in Klagenfurt die Alpine Montan-Gesellschaft als „Feind des Landes“ brandmarkte<sup>23</sup>.

Auf dem steirischen Erzberg wirkten sich die Rationalisierungsmaßnahmen bald günstig aus. Die Eisenerzförderung stieg von 617.000 Tonnen im Jahre 1882 auf 1,142.000 Tonnen im Jahre 1900 und auf 1,950.000 Tonnen im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahr<sup>24</sup>. Einen ähnlichen Anstieg verzeichnete die Stahlerzeugung in Donawitz, das vor dem ersten Weltkrieg „die größte Stahlwerksanlage des Kontinents“ war<sup>25</sup>.

Die von dem neuen Konzern ergriffenen Maßnahmen bestanden sowohl in technischen Neuerungen als auch in der Konzentration der Produktion an einigen wenigen Stätten mit dem doppelten Ziel, die Kosten zu senken und die Erzeugung zu steigern. Zu den technischen Neuerungen gehörte als eine der wesentlichsten und für die gesamte Wirtschaft des Landes folgenschwersten die Umstellung von der Holzkohlenfeuerung auf die Koksfeuerung. Dadurch verlor das Holz an Wert, viele Frachten hörten auf, wodurch die

<sup>23</sup> Kärntens gewerbliche Wirtschaft, S. 288.

<sup>24</sup> H. Pirchegger — R. Töpfner, Eisen immerdar. Graz 1951, S. 92 bzw. 115.

<sup>25</sup> Benedikt, a. a. O., S. 118.

Bauern des Oberlandes einen oft lebensnotwendigen Nebenerwerb verloren und um so anfälliger für die Landflucht wurden. Noch schlimmer waren das Veröden der kleinen unmodernen Werke in den Seitentälern und die Stilllegung mittlerer Betriebe, wie des Werkes in Mariazell, der Hütte Krems, der Bergbaue und des Hochofenbetriebes in Neuberg. Nicht immer konnten die dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte von anderen Betrieben versorgt werden, sie verließen nicht nur die engere Heimat, sondern oft auch das Vaterland. Auch der Erzberg erlebte so manche Veränderung; der Bau der Erzbergbahn Eisenerz—Vordernberg ermöglichte einen gleichmäßigen Abbau beider Seiten des Berges, aber die Roheisenerzeugung wurde nach dem Süden verlagert, jedoch nicht in Vordernberg, das mehr und mehr zu veröden begann, sondern in dem verkehrsmäßig ungleich günstiger gelegenen Donawitz entstanden die neuen Hochöfen.

Immerhin machte die Industrialisierung der Steiermark rasche Fortschritte, beschränkte sich jedoch auf gewisse Gebiete: Graz, dem die Braunkohlenlager der Weststeiermark zugute kamen, das Gebiet um den Erzberg und besonders die Mur-Mürz-Furche zwischen Judenburg und Mürzzuschlag, dazu in der Untersteiermark Marburg, das den Werkstätten der Südbahn viel verdankte, und das Kohlenrevier von Trifail wurden die Zentren der Produktion. Völlig unberührt von der Industrialisierung blieb die Oststeiermark.

Mit der Industrialisierung tauchte auch in unserem Land ein Problem auf, das in der franzisco-josephinischen Zeit keine Lösung fand: die Arbeiterfrage. Abgesehen davon, daß die soziale Lage der Arbeiterschaft in den einzelnen Teilen der Monarchie recht verschieden war, verlief ihre Entwicklung keineswegs einheitlich. Bis nahe zur Jahrhundertwende verschlechterte sich die Lage der Arbeiterschaft fortwährend. Das Vereinsgesetz vom Jahre 1852 unterband die ersten spärlichen Anfänge einer geordneten Arbeiterbewegung und schlug der Arbeiterschaft die einzige Waffe, die ihr zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung zur Verfügung stand, die Organisation der Masse, aus der Hand, noch bevor sie sie ergriffen hatte. Wohl wurden die staatsbürgerlichen Grundrechte, darunter die Gleichheit vor dem Gesetz, in der Dezemberverfassung von 1867 verankert, aber alle Ansätze eines beginnenden Zusammenschlusses gingen durch den im Jahre 1884 über Wien und einige andere Industriebezirke verhängten Ausnahmezustand wieder in Brüche. Nur langsam gelang es, durch Arbeiterbildungsvereine eine Organisation der Arbeiterschaft zu schaffen, wobei der Grundsatz vorherrschte, den Arbeiter durch Vermittlung von Wissen aus seiner geistigen Unfreiheit herauszuführen. Das war nicht nur wegen

des Mißtrauens schwer, mit dem die Polizei diesen Bemühungen gegenüberstand, sondern mehr noch wegen der furchtbaren Not, in der die Masse der Arbeiterschaft dahinlebte. Namentlich die Wohnverhältnisse waren einfach grauerregend. Wir kennen aus den Schilderungen Viktor Adlers — sein Name scheint im Buche *Benedikts* merkwürdigerweise gar nicht auf! — die Lage der Ziegeleiarbeiter vom Wienerberg, die armseligen Baracken aus roh aufgeschichteten Ziegelwänden, die großen Säle ohne Öfen, in denen man mit Kreidestrichen auf dem Fußboden die „Wohnungen“ der einzelnen Familien voneinander getrennt hatte, die leeren Ringöfen, in denen Männer und Frauen, Kinder und Greise, Gesunde und Kranke nebeneinander hausten. Ähnliche Verhältnisse fanden sich auch in der Steiermark: auf der Veitsch dienten zur Unterbringung der Arbeiter „sehr behelfsmäßige Baracken“ mit „mehr als dürftiger Ausstattung“, in denen gelegentlich neun Mann in fünf Betten schlafen mußten, oder es wurden in einer ehemaligen Zimmererwerkstätte mehrere Familien, Männer, Frauen und Kinder, zusammengepfercht<sup>26</sup>.

Die Ursachen für diese Zustände liegen klar zutage: die rasch fortschreitende Industrialisierung hatte einen großen Bedarf an Arbeitskräften zur Folge, diese benötigten Wohnraum in einem Umfang, den zu decken die Privatwirtschaft nicht imstande und vielfach auch gar nicht gewillt war, während die öffentliche Hand sich zur Erfüllung solcher Aufgaben noch nicht berufen fühlte.

Nicht weniger trostlos als die Wohnverhältnisse waren die Arbeitsbedingungen. Nach den Erhebungen der niederösterreichischen Handelskammer aus dem Jahre 1868 betrug die fast allgemein übliche Arbeitszeit täglich zwölf Stunden ohne Ruhepausen und war nur in einzelnen Branchen, z. B. im Bergbau, niedriger<sup>27</sup>. Freilich wird man sich vor Augen halten müssen, daß die Arbeitsintensität eine wesentlich geringere war als heute. Erst die so viel geschmähte Ära Taaffe brachte eine leise Besserung. Die Arbeiter-Kranken- und Unfallversicherung, die Einführung des 11-Stunden-Tages und die Schaffung von Gewerbeinspektoraten bedeuten einen Wendepunkt in der österreichischen Sozialgeschichte.

Die Entwicklung der Lohnverhältnisse verlief ähnlich; erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts trat eine gewisse Besserung ein, die Reallöhne begannen dank des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterschaft

<sup>26</sup> F. Walter, Veitscher Magnesitwerke A. G., Wien 1951, S. 36 f.

<sup>27</sup> F. Czeike, Sozialgeschichte von Ottakring (Wiener Schriften 2), Wien 1955, S. 16.



langsam zu steigen, in der Provinz, wo mancherorts Naturalbezüge einen Teil des Barlohnes ersetzten, stärker als in Wien<sup>28</sup>.

Ein Übel der modernen Gesellschaft kannte die alte Monarchie kaum: die *Arbeitslosigkeit*. Grund dafür waren nicht nur die trotz wiederholter Krisen ständig zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie, die zahlreichen Einziehungen zum Wehrdienst und der steigende Bedarf öffentlicher Dienststellen, insbesondere der Post und der Bahn, an Angestellten, sondern in erster Linie die starke Auswanderung namentlich aus den slawischen Gebieten und aus Ungarn. Allein in den letzten fünf Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges wanderte über eine Million Menschen aus Österreich-Ungarn aus, wozu noch eine beständige Saisonwanderung über die Staatsgrenzen kam. Das heutige Österreich war von der Auswanderungswelle weniger betroffen — Wien wuchs vor allem durch die Zuwanderung aus den Sudetenländern —, ausgenommen das Burgenland, das, bekanntlich zu Ungarn gehörig, unter besonders drückenden sozialen Verhältnissen zu leiden hatte<sup>29</sup>.

Darüber hätte man im Buche *Benedikts* gerne mehr und ausführlicher gehört; die Darstellung der sozialen Verhältnisse ist leider der schwächste Teil des sonst so gut gelungenen Werkes.

Das soll nicht heißen, daß die Entwicklung der Arbeiterschaft keine Würdigung gefunden hätte. *Benedikt* wies darauf hin, daß die Vorgänge in der Pariser Kommune im Jahre 1871, „welcher die Arbeiterschaft in ... Österreich warme Sympathie entgegenbrachte“<sup>30</sup>, die herrschenden Kreise gewaltig aufrüttelte. Sie erkannten die Gefahr, die der bestehenden Ordnung drohte, und sie suchten sie nicht nur mit Gewalt zu bannen. Schäffles Verdienst war es, gemeinsam mit Beust erstmals darauf verwiesen zu haben, daß neue Paragraphen im Strafgesetzbuch allein nicht ausreichen, eine soziale Revolution zu verhindern, sondern daß durch gesetzliche Maßnahmen die größten Mißstände beseitigt und auch dem wirtschaftlich Schwachen im ewigen Klassenkampf ein Minimum an Schutz gewährt werden müsse. Die beiden Staatsmänner drangen mit ihren Vorschlägen nicht durch, noch war die Zeit nicht reif dazu, allein die Priorität der Idee der sozialen Gesetzgebung kommt den beiden Männern zu; das nachgewiesen zu haben, darf als besonderes Verdienst *Benedikts* gewertet werden<sup>31</sup>.

Geraume Zeit hielt die Regierung Polizeimaßnahmen für das einzige

Mittel, die Arbeiterschaft niederzuhalten, immer wieder kam es zu Verfolgungen der Arbeiter und zu Verboten ihrer Vereine. In Graz gewann der Prozeß vom Juni 1883 eine traurige Berühmtheit, in dem sich 23 Sozialdemokraten wegen angeblicher revolutionärer Umtriebe zu verantworten hatten. Nur dem Umstand, daß sich der Kronzeuge der Anklage als übel beleumundetes Subjekt entpuppte, hatten es die Angeklagten zu verdanken, daß sie mit geringen Strafen davongingen. Das Hainfelder Programm vom 30. Dezember 1888 erst einigte Radikale und Gemäßigte unter den österreichischen Arbeitern und schuf mit der Geschlossenheit der Arbeiterschaft die erste Voraussetzung für ihren Erfolg.

Die Industrialisierung verschärfte nicht nur den natürlichen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sie begründete auch den nicht minder scharfen Gegensatz zwischen *Kleingewerbe* und Fabrik. Die fabrikmäßige Erzeugung von Massenware hatte in gewissen Sektoren die völlige Vernichtung des Kleingewerbes zur Folge, da dessen Vertreter nicht wie die Arbeiterschaft in einer neuen sozialen Ordnung, sondern in der Zurückschraubung der Verhältnisse auf den Zustand, der vor dem Durchbruch des kapitalistischen Denkens geherrscht hatte, ihr Heil zu finden glaubten. Sie schlossen sich dem feudalen Großgrundbesitz an und erreichten mit seiner Hilfe im Jahre 1883 eine neue Gewerbeordnung, deren wesentlichstes Kennzeichen die Einführung des Befähigungsnachweises zum Antritt eines handwerksmäßigen Gewerbes war. Damit war praktisch die Gewerbefreiheit wieder außer Kraft gesetzt, noch bevor sie sich richtig eingelebt hatte. Wie auf politischem Gebiet war auch auf wirtschaftlichem Gebiet der Liberalismus in die Defensive gedrängt worden.

Die Verbindung von feudalem Großgrundbesitz und kleinbürgerlichem Gewerbe erklärt sich nicht nur aus der konservativen, katholisch-klerikalen Einstellung beider Gruppen. Der Großgrundbesitz fürchtete die Industrialisierung wegen der mit ihr verbundenen Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter nicht nur deshalb, weil er in ihnen die Wortführer einer neuen antifeudalen Gesellschaftsordnung sah, sondern auch, weil er merkte, daß ihm die Fabriken die Landarbeiter wegnahmen oder ihn zwangen, höhere Löhne zu zahlen. Schon hatte sich ja ein neues Problem in den Vordergrund gedrängt, die Landflucht.

Wie die Arbeiterfrage ist auch die *Landflucht* bei *Benedikt* etwas in den Hintergrund getreten, vielleicht deshalb, weil sie in den Sudetenländern weniger deutlich in Erscheinung trat als in den Alpenländern. In der Steiermark nahm sie zwischen 1880 und 1910 einen geradezu erschreckenden Umfang an.

Die Ursachen der Landflucht sind sehr mannigfaltig und lassen sich

<sup>28</sup> A. Löhmer, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Haller Salzarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (Tiroler Wirtschaftsstudien 3), Innsbruck 1957, S. 178 ff.

<sup>29</sup> Darüber sehr ausführlich L. Graupner, Die Amerikawanderung im Güssinger Bezirk (Burgenländische Forschungen 3), Horn — Wien 1949.

<sup>30</sup> Benedikt, a. a. O., S. 127.

<sup>31</sup> Benedikt, a. a. O., S. 127 ff.

auch für die relativ kurze Zeit zwischen dem Ende der Revolution von 1848 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht auf einen einheitlichen Nenner bringen. Sehen wir von gewissen natürlichen Ursachen, wie ungünstigem Klima oder schlechtem Boden, ab, Ursachen, die erst dann wirksam werden konnten, als der Bauer über seinen Besitz frei verfügen durfte und als Verlockungen von außen an ihn herantraten, und wenden wir uns jenen Ursachen zu, die sich aus den Wandlungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ergaben, welche als Folge der sogenannten „industriellen Revolution“ auftraten<sup>32</sup>. Ausgangspunkt jeder Untersuchung über die Landflucht des 19. Jahrhunderts muß die Erkenntnis der Tatsache bilden, daß die ländlichen Bezirke um die Mitte des vorigen Jahrhunderts überbevölkert waren. Dieser Bevölkerungsüberschuß, der nicht ein Überschuß an bäuerlicher Bevölkerung, sondern an unbehausten Leuten war, verschaffte den Bauern billige Arbeitskräfte zu jeder Zeit und in jeder beliebigen Zahl. Er bildete ferner das Menschenreservoir für die Städte und die nunmehr aufblühenden Industrieorte, die seit jeher eine geradezu magische Anziehungskraft auf das ländliche Proletariat ausübten und bald nicht nur die überschüssigen, auf dem Lande leicht entbehrlichen Menschen an sich zogen, sondern darüber hinaus alle ungebundenen arbeitsfähigen und arbeitswilligen jüngeren Leute aufsaugten. Sie nahmen dadurch dem bäuerlichen, namentlich dem großbäuerlichen Besitz die Arbeitskräfte weg und trafen ihn so an den Wurzeln seiner Existenz. Von geradezu verheerender Wirkung für das Land wurde die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit ihrem langen Präsenzdienst und den günstigen Versorgungsmöglichkeiten für länger dienende Unteroffiziere, denn sie entzog dem Lande gerade die kräftigsten und intelligentesten Burschen, von denen nicht wenige — Offiziersburschen! — im häuslichen Dienst in den Städten und auf den Herrensitzen eine gut bezahlte und daher gesuchte Beschäftigung fanden, während andere, verführt durch den Glanz der Uniform und die Aussicht auf die Pension, eine zwar weniger gut bezahlte, aber gesicherte Position im öffentlichen Dienst anstrebten. Mangel an geeigneten und billigen Arbeitskräften auf dem Lande wurde die eine Ursache der „Landmüdigkeit“, die die wichtigste Voraussetzung für die Landflucht war. Eine weitere Ursache lag darin, daß sich seit dem Einströmen über-

<sup>32</sup> Über die Landflucht in Österreich existiert eine ziemlich reichhaltige Literatur, soweit sie für die Steiermark in Betracht kommt, siehe meinen Aufsatz „Die Landflucht und ihre besonderen Ursachen im Gebiet der Koralpe“ (Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark XXXVII/1946, S. 7 ff.). — Für Tirol siehe F. Ulmer, Die Bergbauernfrage. Untersuchungen über das Massensterben bergbäuerlicher Kleinbetriebe im alpenländischen Realteilungsgebiet. 2., neubearbeitete Aufl., Schlern-Schriften 50. Innsbruck 1958.

seischen Getreides nach Europa die Preisschere sehr zuungunsten der landwirtschaftlichen Produkte öffnete. Die niederen Preise in der Landwirtschaft gestalteten nicht nur die bäuerliche Arbeit unrentabel, sondern sie verhinderten auch eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion in den Alpenländern auf ertragreichere Zweige, genau so, wie sie es dem Bauern unmöglich machten, durch die Bezahlung höherer Löhne der Abwanderung in die Städte Einhalt zu gebieten. Die Abwanderung des Verkehrs von der Straße auf die Eisenbahn und die Stilllegung kleiner Bergbaue und Eisenhämmer in abseits gelegenen Seitentälern beraubten viele Bauern ihres Nebenverdienstes und trugen das ihre zur Landmüdigkeit bei. Aus diesem Nebenverdienst hatten die Bauern das Bargeld bezogen; nun fehlte es ihnen und das trieb sie nur allzu oft gewissenlosen städtischen Geldgebern in die Hände; hatte der Bauer einmal Schulden aufgenommen, so war sein Ruin sicher und er mußte froh sein, wenn er bei der Zerstückelung seines Besitzes so viel herausbekam, daß er sich woanders ein kleineres Anwesen kaufen konnte. Da waren jene Bauern glücklich zu nennen, deren Besitz zur Arrondierung von Jagdgründen aufgekauft wurde, denn die adeligen oder neu-reichen Jagdherren zahlten in der Regel gut und gern; wir kennen in der Obersteiermark Bauerngüter, für die das Dreifache ihres Wertes bezahlt wurde, um sie in ein Jagdrevier einordnen zu können. Sehen wir von wenigen Gebieten ab, in denen es, wie in Vorarlberg, den Bauern gelang, durch Umstellung auf Milchwirtschaft ihren Besitz lebensfähig zu erhalten oder in denen der aufkommende Fremdenverkehr neue Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande schuf, so bekam die bäuerliche Bevölkerung der Alpenländer im allgemeinen vom Wirtschaftsaufschwung der franzisco-josephinischen Ära nur die Schattenseiten zu spüren. Für sie waren die Gründerjahre und was ihnen folgte, Jahre bitterer Not.

Dem Börsenkrach am „Schwarzen Freitag“ des Jahres 1873 folgte eine länger dauernde Krise, doch schließlich wurde sie verhältnismäßig leicht überwunden. Die erhöhte Bautätigkeit in Wien und in den großen Industriestädten Zisleithaniens und die gesteigerte Getreideausfuhr aus Transleithanien belebten die Wirtschaft und machten wieder gut, was die Spekulation verdorben hatte. Dagegen sank die Vieh-ausfuhr nach Deutschland infolge veterinärpolizeilicher Schikanen durch deutsche Grenzorgane nach 1877 auf ein Minimum herab, was in erster Linie die Alpenländer schwer traf, die in der Viehzucht einen Ausgleich für den schon erwähnten Niedergang ihres Getreidebaues gesucht hatten. Man mag darin ein Beispiel für die Auswirkungen von Handelsverträgen und Zolltarifen auf den kleinen Mann erblicken.

*Benedikt* hat diese Verträge und Tarife sehr eingehend behandelt<sup>33</sup>, darauf kann hier nicht eingegangen werden, nur ein Fall sei herausgegriffen, weil er bei uns fast unbekannt geblieben ist. *Benedikt* hat ihn klar herausgestellt. Nach dem Sturz Bismarcks gelang der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland, der die hohen Einfuhrzölle Deutschlands auf Getreide und die früher erwähnte Vieheinfuhrsperre beseitigte und den österreichischen Waren den Weg nach dem Westen öffnete, für den bisher nur die Arlbergbahn zur Verfügung gestanden war. Durch diesen Handelsvertrag gewann der Zweibund erst wirklichen Wert für Österreich.

Welche politische Bedeutung Handelsverträge gewinnen konnten, dafür erbrachte *Benedikt* zwei Beispiele in den Zollkriegen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien in den Jahren 1882—1893 und zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in den Jahren 1906—1911. Sie belasteten das gute Einvernehmen zu unseren kleinen Nachbarn im Osten und Südosten auf das schwerste und tragen ihr gerütteltes Maß an Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Sie beraubten die Monarchie des vorherrschenden wirtschaftlichen Einflusses in den beiden Ländern und zwangen sie, Deutschland in Rumänien, Frankreich und Italien in Serbien als gefährliche Konkurrenten anzuerkennen.

Immer wieder kommt *Benedikt* auf die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reichshälften zueinander zu sprechen. Österreich und Ungarn konnten sich in vieler Hinsicht ergänzen, der agrarische Osten fand den besten und sichersten Abnehmer seiner Überschüsse an Getreide und Vieh in dem schon recht beachtlich industrialisierten Westen, der seinerseits nach Transleithanien die dort fehlenden Fertigwaren zu liefern imstande war, allein der magyarische Chauvinismus war für solche Vernunftgründe unzugänglich. Mag man für die Zeit des Neuabsolutismus den jüngst erhobenen Vorwurf „kolonialer Ausbeutung“ Ungarns durch Österreich<sup>34</sup> gelten lassen, so änderten sich doch schon im Jahre 1860 die Verhältnisse, und durch den Ausgleich gewann Ungarn praktisch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit, die es sogleich — sehr zum Schaden Österreichs — zielbewußt ausbaute. Wenn es trotzdem in seiner industriellen Entwicklung gegenüber der diesseitigen Reichshälfte im Rückstand blieb, so war

<sup>33</sup> *Benedikt*, a. a. O., S. 137 ff.

<sup>34</sup> V. Sándor, Die großindustrielle Entwicklung in Ungarn 1867—1900 (*Acta historica Academiae Scientiarum Hungaricae* III), Budapest 1956, passim. — Dazu meine Ausführungen in der „Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, 45. Bd 1958, S. 242 ff.

dies, wie ebenfalls jüngst von ungarischer Seite hervorgehoben wurde<sup>35</sup>, eine Folge des Widerstandes des ungarischen Großgrundbesitzes, der in einer Industrialisierung Ungarns eine Gefahr für seine Führungsstellung sah und sich deshalb gerne mit dem österreichischen Großbürgertum verband. Erst die Ambitionen der radikalen Kreise Ungarns drängten nach wirtschaftlicher Expansion und als Voraussetzung dafür nach einer zunehmenden Industrialisierung. Da aber die ungarische Industrie infolge ihrer Rückständigkeit gegenüber der österreichischen auf dem gemeinsamen Markt nicht oder doch nur auf ganz wenigen Gebieten konkurrenzfähig war, schuf das Land durch eine klug durchdachte Tarifpolitik seiner Eisenbahnen eine „unsichtbare Zolllinie“<sup>36</sup>, die es vor der unerwünschten Einfuhr österreichischer Erzeugnisse schützte. Steuerfreiheit für Neugründungen von Fabriken oder für die Erweiterung bestehender Anlagen, Gebührenbefreiungen und Subventionen taten das ihre, um eine Industrie im Land aufzubauen. Der ebenfalls sehr forcierte Ausbau des ungarischen Bahnnetzes nahm auf die Zusammengehörigkeit mit Österreich keinerlei Rücksicht, die Zahl der Bahnen, die beide Reichshälften miteinander verband, wurde mit voller Absicht niedrig gehalten; daß es bis zum Zusammenbruch der Monarchie nur eine Bahnverbindung zwischen der Steiermark und dem Burgenland gab, beweist deutlich, wie egozentrisch die Eisenbahnpolitik der östlichen Reichshälfte war. Nachhaltig wirkten sich die ungarischen Bahntarife auf die steirische Eisenerzeugung aus; während die steirischen Waren in Ungarn durch sie wesentlich verteuert wurden, gelangte ungarisches Vieh und Mehl in großen Mengen zu uns herein und drückte den Preis im Land. Wenn sich, wie schon erwähnt, die Preisschere bei uns zuungunsten der Landwirtschaft so weit öffnete und wenn so viele Bauernhöfe auf die Gant kamen, so trug die Zollunion mit Ungarn daran ihr vollgerüttelt Maß an Schuld. Die diesseitige Reichshälfte besaß selbst genug Agrarbezirke und bedurfte der Ergänzung durch Ungarn nicht; die Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beiden Reichshälften wurde vielmehr in der Hauptsache durch die Industriekartelle zusammengehalten, deren erstes das im Jahre 1878 gegründete Schienenkartell bildete, dem auch die steirischen Schienenwalzwerke angehörten. Es wurde acht Jahre später zu einem österreichisch-ungarischen Eisenkartell erweitert.

Die Auswirkungen der einzelnen Kartelle wurden von *Benedikt* sehr positiv bewertet, und sicher besaßen sie für die Industrie

<sup>35</sup> L. Rúzsás, Die Entwicklung der Industrie im Zeitalter des Kapitalismus im südöstlichen Teil von Transdanubien 1848—1900 (*Dunántúli tudományosjtemény* 12, series historica 7), Pécs 1957.

<sup>36</sup> *Benedikt*, a. a. O., S. 154.

großen Wert, und zwar nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiterschaft, denn sie ermöglichten oft erst den Weiterbestand gewisser Betriebe und schützten dadurch vor Arbeitslosigkeit. Im übrigen wird das Urteil über die Berechtigung von Kartellen jeweils davon abhängen, ob man die durch sie geschaffenen Gewinne einsteckt oder ob man die von ihnen diktierten Preise bezahlen muß.

Die Jahre 1904—1914 waren dank der tiefgehenden politischen Spannungen und der stets drohenden Kriegsgefahr für die österreichische Schwerindustrie „goldene Jahre“<sup>37</sup>. Sie verdankte dies nicht nur der Aufrüstung der Monarchie, sondern ebenso oder noch mehr der Aufrüstung fremder Staaten, die sie belieferte. China bezog Gewehre aus Steyr, Kanonen aus Pilsen und Kriegsschiffe aus Monfalcone, während der Balkankriege lieferte Skoda in Pilsen an die Türkei, Serbien bezog aus Österreich Munition. Am Aufbau der russischen Putilow-Werke sowie der Newski-Werft beteiligte sich Skoda und sowohl die Österreichische Creditanstalt wie die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft stellten im Einverständnis mit der Regierung Rußland Kredite zum Ausbau seiner Rüstungsindustrie zur Verfügung.

Die steirische Industrie hatte an diesen Rüstungsaufträgen nur indirekt Anteil, trotzdem war auch sie stark exportorientiert. Drahtstiften und Draht gingen nach Deutschland, Italien, Rußland, Rumänien, Serbien und nach der Türkei, Roheisen wurde nach Italien, Deutschland, Amerika, der Schweiz und Holland ausgeführt, das Grobblechgeschäft, das um die Jahrhundertwende arg darnieder gelegen war, erholte sich im Jahre 1905 und fand Abnehmer in Italien, Rumänien und Serbien. Das Herzstück der steirischen Industrie, die Sensenerzeugung, hatte schwere Sorgen; amerikanische Mähmaschinen fanden in den weiten Ebenen der Ukraine rasche Verbreitung, dazu tat der russisch-japanische Krieg von 1904/05 der Ausfuhr erheblichen Eintrag, so daß erst nach geraumer Zeit der Export nach Rußland, dem Hauptabnehmer steirischer Sensen, wieder in Gang kam<sup>38</sup>. Ganz auf den Export ausgerichtet war die steirische Magnesitproduktion. Aus den Vereinigten Staaten gingen umfangreiche Aufträge ein, die aus der Veitsch nicht mehr zu befriedigen waren, weshalb die Breitenau ausgebaut und das Triebener Werk neu aufgebaut wurden<sup>39</sup>. Doch auch jene Werke, die für das Inland arbeiteten, waren vollbeschäftigt. Andritz belieferte zum Beispiel die innerösterreichischen Hüttenwerke fast ausschließlich, es richtete neue Eisenwerke, darunter Zenica und Jesenice im heutigen

<sup>37</sup> Benedikt, a. a. O., S. 171.

<sup>38</sup> H. Pirchegger — R. Töpfer, a. a. O., S. 95 ff.

<sup>39</sup> F. Walter, a. a. O., S. 180 f.

Jugoslawien, ein und lieferte für die neu erbaute Tauern-Karawanken-Bahn Hochdruckventilatoren, Turbinen und Wasserkrane<sup>40</sup>.

Kein Zweifel, die Monarchie war zur wirtschaftlichen Weltmacht geworden; trotzdem blieb sie von den Schwankungen der Weltwirtschaft in den letzten Friedensjahren ziemlich unberührt. Ihre Wirtschaft durfte sich einer Blüte erfreuen, wie sie nur selten erreicht wurde.

Es ist ein gedrängter, aber ungemein spannender Ausflug in die Vergangenheit, den uns *Benedikt* in seinem Buch erleben läßt. Von glühender Liebe zum alten Staat erfüllt, von der Richtigkeit der liberalen Wirtschaftsdoktrin ebenso überzeugt wie von den Vorteilen, die eine die Donau-, Sudeten- und Karpatenländer umfassende Wirtschaftsunion bot, weist er dem Leser die vielfachen Vorzüge der „guten, alten Zeit“ in meisterhaft gezeichneten Bildern nach. Wenn man vom Standpunkt des Alpenländers seinem Urteil auch nicht immer zustimmen kann, wenn man auch manches vermißt, das Buch, das gleichsam den Schwanengesang des schwarz-gelben Liberalismus darstellt, bleibt immer sachlich und wird niemals ermüdend.

<sup>40</sup> G. Scheuer — M. Jelusich, Die Maschinenbauer von Andritz, Graz-Andritz 1952, S. 39.